

# Frauen im Brennpunkt der Politik

**Festrede Johanna Dohnal, 21.6.1996, Innsbruck anlässlich des 10 Jahresjubiläums von „frauen im brennpunkt“**

Wir haben uns heute in Innsbruck zusammengefunden um das 10 jährige Bestehen des Projekts „Frauen im Brennpunkt“ feierlich zu begehen.

Ich wurde gebeten eine Festrede zu halten, danke für die Einladung! Ich bitte aber um Verständnis, dass mir nicht nach einer Festrede zumute ist, eher schon zu einer festen Rede.



*Johanna Dohnal bei Frauen im Brennpunkt*

Den Titel durfte ich selbst wählen und dachte mir „Frauen im Brennpunkt der Politik?“ als Fragestellung wäre nicht so falsch. Denn die Frage ist ja, stehen die Frauen im Brennpunkt der Politik und wie?

Meine Einschätzung ist, dass sie sehr wohl im Brennpunkt stehen, beobachtet werden, beaufsichtigt werden und dirigiert werden sollen.

Und daher ist es wichtig, dass wir uns ganz schnell einen Überblick verschaffen, wie es denn dieser Staat mit den Frauen hält, wohin er will dass die Reise geht. Denn wir sollten ja schließlich wissen, ob uns das Reiseziel behagt, ob es unseres ist, oder ob wir verschickt werden sollen.

Zu diesem Zweck ist es notwendig festzuhalten, dass sich die überwiegende Mehrheit der Frauen in Österreich, die sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten politisch, frauenbewegt, emanzipiert engagierten, auf eine Staatsrichtung konzentrierten, die wir Sozialstaat nennen.

Sie versuchten alle Möglichkeiten zu nutzen, um über sozialstaatliche Veränderungen die Lebensverhältnisse von Frauen zu verbessern. Da gab es viele Nuancen: sie reichten vom traditionellen Kampf der Arbeiterinnenbewegung um Schutzbestimmungen, wie Mutterschutz und Nachtarbeitsverbot, bis in die Gegenwart, wenn ich z.B. an die Kämpfe um ein Gleichbehandlungspaket denke.

In der jüngeren Geschichte spielte die Analyse der Geschlechterverhältnisse, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Feminisierung der Armut allerdings eine wesentlich größere Rolle als die traditionellen Schutzgedanken.

Das heißt, Frauen drangen an die Wurzeln des Übels heran, wollten dort auch den Hebel ansetzen. Nicht mehr nur um größere Teile des Kuchens betteln, sondern überhaupt einen neuen Kuchen gebacken haben und zwar nach ihrer Rezeptur.

Das wurde den Machthabern gefährlich und kam schon ganz nahe an eine andere Richtung heran, die es in der Frauenbewegung auch immer gab und gibt, nämlich die nicht auf die

Veränderung durch den Sozialstaat setzt, sondern den Staat als Fortschreibung patriarchale Unterdrückungsverhältnisse sieht.

Die Vertreterinnen dieser Richtung haben den Marsch durch die Institutionen genauso abgelehnt, wie sie die traditionellen Wege des politischen Handelns verweigerten. Aber wie schon gesagt, die überwiegende Mehrheit der engagierten Frauen setzte in den Sozialstaat und seine Weiterentwicklung ihre Hoffnungen und arbeiteten in dieser Richtung – sehr oft unbezahlt, meistens sehr schlecht abgesichert.

Nun ich denke, ich brauche über die Mühen, Plagen, viele unbezahlte Stunden, oft auch Demütigungen, die es bedeutet, die Finanzierung eines Frauenprojekts durchzustehen – bei der 10-Jahresfeier eines solchen – wirklich nicht mehr viel zu sagen. Hier sind die Expertinnen des Kampfes anwesend.

Wieso wird nun die Staatsfrage zunehmend zu einem Thema und warum habe ich dieses auch bewusst der öffentlichen Diskussion zugeführt:

Meine Ansicht dazu ist, dass diese Frage deshalb relevant ist und sein soll, weil am Wohlfahrtsstaat gerüttelt – der Sozialstaat in Frage gestellt wird.

In demselben Ausmaß, in dem sogenannte „Soziale Orientierungen“ zurückgenommen werden, wird die Frauenfeindlichkeit sichtbarer; scheint klar zu werden, dass „mann“ offensichtlich zu „viel des Guten getan hat“; finden sich die Gegenkräfte in allen konfessionellen Parteien und Bewegungen zu festen Allianzen. Es wird ja ganz offen – und leider unwidersprochen – ausgesprochen: „Wir“ haben über unsere Verhältnisse gelebt, „wir“ können uns das nicht mehr leisten.

Ich frage mich: Wer hat über „unsere“ Verhältnisse gelebt? Die alleinerziehenden Frauen mit ca. 8.000 Schillingen erhöhtem Karenzgeld monatlich? Die Notstandshilfebezieher mit durchschnittlich S 5.000,- monatlich? Sind die gemeint? Oder meint vielleicht jemand gar die Höchtls, Fischers, Bauers, Frischenschlagers und wie sie heißen, die zusätzlich zu ihrem Politikereinkommen, das sie zu Recht verdienen, noch zehntausende Schillinge monatlich für Null-Leistung bekommen haben und noch immer bekommen?

Meine Analyse also ist, nachdem ich meine Wut sofort wieder herunteremotionalisiere:

Wenn sozialstaatliche Leistungen und Maßnahmen sich einem Punkt annähern, dass Menschen tatsächlich keine Almosenempfänger sein zu brauchen, sondern Rechtsansprüche geltend machen können, wenn bei einer freien Lebenswahl tatsächlich mindestens eine bescheidene Lebensexistenz gesichert ist, die Arbeitskraft nicht an jeden verkauft werden muss, die Frauen nicht unbedingt einen Ernährer brauchen, wenn das alles so durch sozialstaatliche Maßnahmen lebbar werden KÖNNTE, dann muss die Bremse gezogen werden und zwar europaweit. Dann ist diese europäische Gemeinschaft auch nicht mehr dazu da, um Menschen, denen es schlechter geht, wie etwa in Portugal oder Spanien auf diesen Standard nachzuziehen, dann muss nach unten nivelliert werden. Wie sieht das nun konkret in Österreich aus?

Es gäbe viel zur Regierungserklärung vom 13.3.1996 und zum Sparpaket auszuführen, vor allem Frauen betreffend, was ich nicht tun werde, weil die Diskussionen noch frisch in

Erinnerung sind. Was aber bereits sichtbar wird, ist, dass der konservative, ja bisweilen reaktionäre Trend, der in allen industrialisierten Ländern schon seit Mitte der 80er Jahre im Laufen ist, nun bei uns unter dem Titel „Budgetkonsolidierung“ voll zuschlägt.

### DIE MÄNNER SCHLAGEN ZURÜCK

„Backlash“ oder „Die Männer schlagen zurück“ nannte es 1991 Susan Faludi<sup>1</sup>. Und auch in Österreich ist dieser Rückschlag nicht plötzlich passiert. Obwohl – und das denke ich, ist für Österreich doch anzumerken, diese Entwicklung zeitverzögert zu beobachten ist.

Dafür gibt es einige wichtige Gründe, einer davon ist sicher, dass es über einen längeren Zeitraum gelang, immer wieder ein doch starkes Gegengewicht der Frauen zu mobilisieren und bei allem Misstrauen, Missverständnissen und auch realen Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertreterinnen der institutionellen und der autonomen Frauen gab es dennoch immer wieder Kooperationen und Solidarität in zentralen Punkten.

Nachfolgend – ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit – die Aufzählung einiger Punkte, die dieses Zurückschlagen verdeutlichen sollen: Ende der 80iger/Anfang der 90iger Jahre begann die Sozialschmarotzerdebatte, die sehr rasch alleinerziehende Frauen mit erhöhtem Karenzgeld im Visier hatte.

Wir hatten die Urteile des VfGH im Zusammenhang mit dem Penionsanfallsalter der Frauen und mit dem Namensrecht. Wir hatten die jahrelangen Versuche, Frauenförderungsmaßnahmen oder Maßnahmen der positiven Diskriminierung bis hin zuletzt auf Ebene des Europäischen Gerichtshofes als gleichheitswidrig zu klassifizieren.

Wir hatten es trotz aller gelungener Enttabuisierung des Themas Gewalt gegen Frauen mit einem extremen Sexismus in der politischen und medialen Debatte zu tun, als es z.B. um Vergewaltigungen in der Ehe als Delikt oder die Sanktionierung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ging.

Wir hatten die jahrelangen und immer wiederkehrenden Versuche über steuerliche Maßnahmen (z.B. Familiensplitting), die eigenständige, wirtschaftliche Sicherung von Frauen in Frage zu stellen.

Wir hatten – trotz der Verhinderung auf Bundesebene – die Einführung eines Erziehungsgeldes in der Höhe eines Bettels (gleich unter welchem Titel) als sozialpolitische Maßnahme in verschiedenen Bundesländern, um die Frauen vom Arbeitsmarkt wegzumotivieren.

Wir hatten die extremen kirchlichen Fundamentalisten mit ihren göttlich/biologistischen Rollenzuweisungen an die dienenden Mägde.

Wir hatten Schuldzuweisungen an berufstätige Mütter im Zusammenhang mit der nunmehr bereits patinaansetzenden Forderung nach Kinderbetreuungseinrichtungen.

Und wir haben es auf EU-Ebene mit einer marktkonformen Gleichstellungspolitik zu tun, die dem sogenannten liberalen Wirtschaftsdenken entstammt: Dabei geht es u.a. um individuelle

---

<sup>1</sup> Faludi Susan, Die Männer schlagen zurück, 1993

Freiheit statt staatlicher Bevormundung; um Eigenverantwortung statt sozialstaatlicher Absicherung; um ein freies Spiel der Kräfte anstelle von Frauenschutzrechten und ähnlichem mehr, wo Frauen im edlen Wettstreit schon vor dem Wettbewerb als Verliererinnen feststehen, weil Gleistellungsrethorik die Standortnachteile (um bei dieser Diktion zu bleiben) von Frauen nicht überspielen kann.

Dies sind nur ein paar Beispiele, die beweisen sollen, dass nicht erst in dem Zeitraum von Ende 1994 bis Anfang 1996 (Sparpaket I+II), durch plötzlich gewonnene Erkenntnisse über zu hohen Schuldenstand, zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen und Notwendigkeiten irgendwelche Kriterien erfüllen zu müssen, die große Erleuchtung (ODER SOLL ICH SAGEN FINSTERNIS) kam.

Und so komme ich zu dem Punkt, wo ich mir über die Zukunft Gedanken machen will und zwar explizit über die Zukunft der Frauen.

Gerda Lemer meint, dass „jetzt das Zeitalter der patriarchalen Hegemonie über die Kultur zu Ende“ ist und dass „das Marginalisieren, Lächerlichmachen, Beschimpfen, Budgetbeschneiden und andere Maßnahmen in der Absicht, den Prozess der Neudefinition der geistigen Konstrukte der abendländischen Kultur anzuhalten, langfristig alle scheitern werden“<sup>2</sup>.

Susan Faludi sagt, „egal, welche neuen Hindernisse sich dem künftigen Kampf um Gleichberechtigung in den Weg stellen werden, egal welche Mythen erfunden, Strafen verhängt, Chancen beschnitten und Degradierungen vorgenommen werden – niemand den Frauen jemals ihre gerechte Sache nehmen kann“<sup>3</sup>.

Diese zu Papier gebrachten Hoffnungen sind angesichts dessen, womit wir ganz konkret konfrontiert sind, wichtig, ja sie tun einer auch gut. Aber ich denke doch, dass sie uns nicht über die Frage „wie soll es konkret weiter gehen“ hinweghelfen.

Ich teile die Positionen von Frau Lemer und Frau Faludi insofern, dass ich der Überzeugung bin, dass viele Männer in diesem Staat wissen, dass sie bereits mit dem Rücken zur Wand stehen.

Aber gleichzeitig erlebe ich eine Müdigkeit und Erschöpfung bei vielen Frauen, die sich in einer schon fast unerträglichen lange andauernden „Schrecksekunde“ manifestiert.

Ich habe keine neue Rezeptur dagegen, ich kann nur meine eigene Erfahrung heranziehen, die natürlich durch meine politische Sozialisation in der Frauenpolitik geprägt ist, und die heißt:

Widerstand leisten, klare Formulierungen finden, die Öffentlichkeit mobilisieren, davon nicht abweichen – unter keinen Umständen!

Egal auf welcher Ebene, ob institutionell oder autonom: ich halte Einmischung für wirksamer als Rückzug und die Eroberung von Einflussphären in allen gesellschaftlichen Bereichen

---

<sup>2</sup> Lemer Gerda, Die Entstehung des feministischen Bewusstseins, 1993

<sup>3</sup> Faludi Susan, Die Männer schlagen zurück, 1993

(ob es kulturelle, politische oder wissenschaftliche sind) für dringlicher als das Verteidigen von Nischen – seien diese nun rot, grün oder lila gefärbt. Es geht heute in diesem Staat für Frauen nicht nur mehr darum, das bisher Erreichte zu verteidigen. Es geht bereits um die Substanz, es geht um das Eingemachte.

An einem Beispiel des sogenannten Sparpaketes wird dies ganz besonders deutlich. Bei alleinerziehenden Müttern, deren ökonomischer Status ohnehin häufig an der Armutsgrenze liegt, geht es nicht ums Sparen, sondern um Disziplinieren. Die Frauen sollen gefälligst wieder heiraten und ordentliche Staats-Keim-Zellen bilden.



*Johanna Dohnal inmitten der „Frauen im Brennpunkt“*

Daher, Widerstand leisten. Dieses Szenario lässt sich weiterspinnen. Frauen sollen, nach dieser Denkungsart in der Arbeitswelt jederzeit verfügbare, leicht verschiebbare, vor allem billige Gastarbeiterinnen sein, und für die Altersvorsorge riecht dann die vom männlichen Ernährer abgeleitete Hinterbliebenenversorgung, über die sie auch dann erst selbstständig verfügen kann, wenn der Ehemann gestorben ist.

Daher, Widerstand leisten. Der Staat will die Frauen zu kostenloser Betreuungsarbeit und Pflegearbeit verpflichten und sich auf diese Art und Weise von seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen gegenüber Kinder, alten und gebrechlichen Menschen verabschieden.

Daher, Widerstand leisten. Einmischung heißt, dass wir unter dem Gesichtspunkt der Geschlechterverhältnisse mit dem Mythos der Nichtfinanzierbarkeit des Sozialstaates aufräumen müssen – und zwar schleunigst. Für Frauen bedeutet dies, dass sie von diesem Staat verlangen müssen, dass er sich an den Reproduktionskosten selbst und an deren Folgekosten beteiligt – oder anders ausgedrückt:

die Heuchelei, ein staatliches Familienidyll zu propagieren, die Lasten aber den Frauen aufzubürden, gehört aufgedeckt. Dies ist ein uraltes, wieder ungemein aktuell gewordenes vorrangiges politisches Ziel.

Der Mythos von der Nichtfinanzierbarkeit des Sozialstaates, wird europaweit in fast esoterischen Dimensionen nicht nur propagiert, sondern von den Betroffenen erstaunlich gläubig akzeptiert.

Neben den realen Absichten der Europäischen Gemeinschaft die Lohnkosten zu senken, öffentlich finanzierte Aufgaben zu privatisieren, die Konkurrenz der Billiglohnländer auszuschalten, die hochindustrialisierten Wirtschaftsstandorte für arme Einsiedlungswillige uninteressant zu machen, ist eben noch ein weiterer Aspekt vorhanden, der ganz sicher beabsichtigt ist: Die Frauen wieder zu disziplinieren oder zu mindestens eingeleitete Prozesse der Selbstständigkeit und existenziellen Unabhängigkeit zu bremsen.

Zu Erkennen und zu Benennen sind diese scheinheiligen Propheten die männlichen und die weiblichen. Die zu bekämpfenden Propheten scheinen mir im Moment nicht jene ewigen konservativen Finsterlinge zu sein, die wie der Klubobmann der ÖVP in schöner Offenheit ihre sexuellen Wünsche nach der allumfassenden Mutter und Großmutter aussprechen. Die müssen wir nur beobachten und der Absurdität preisgeben.

Zu bekämpfen sind Ideen eines Wirtschaftsdenkens, das sich liberal und modern nennt, auf das freie Spiel der Kräfte setzt und eine Deregulierung nach der anderen einleitet. Diese Gedanken stammen aus dem 19. Jahrhundert und haben zu jeder Zeit zu Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut geführt. Zu mindestens das sollten wir doch aus der Geschichte gelernt haben.

Der Markt und das freie Spiel der Kräfte regelt die Verhältnisse nicht gerecht. Und schon gar nicht für die Frauen, für die doch die Mehrheit der Männer und zwar die überwiegende, sowieso ein einfältiges Gesellschaftsmodell wünschen: Dienen, schön sein (wenn geht) und den Mund halten (auf alle Fälle).

Der männliche Backlash hat, wie ich bereits vorher aufgelistet habe, sehr wirksame öffentliche Formen gefunden – nicht besonders schwierig in den komplexen männerbündischen Strukturen und Institutionen – aber effizient. Wenn der Widerstand von Frauen Erfolg haben soll, so werden sie ihn in vielfältigen Formen veröffentlichen müssen. Das heißt auch ein Abschiednehmen vom manchmal sehr bequemen Herdendasein, indem Frauen ihre Selbstverantwortung so gerne an einzelne Leitfiguren delegieren und diese dann für die kargen Weideflächen verantwortlich machen.

Ich bin der Überzeugung, dass es viel mehr Frauen gibt, als zur Zeit öffentlich sichtbar wird, die sich trotz aller Verbiegungen und Verletzungen nicht nur die Lust und die List für den Streit bewahrt haben, sondern auch über ein großes Potential an Wissen, Erfahrung und Kreativität für gerechtere, sozialere d.h. menschlichere Lebensformen verfügen.

Und damit komme ich zum Schluss und zum Geburtstagskind. Ich führe meine Gedanken nun zu Ende: Frauen haben an und in diesem Sozialstaat hart gearbeitet. Eine Form der Mitwirkung und ich meine eine sehr effiziente, war und ist die Arbeit von Fraueninitiativen, wie „Frauen im Brennpunkt“ eine davon ist. Diese Frauen haben das Recht und ich würde meinen sogar die Verpflichtung, den Verantwortlichen klar zu machen, dass sie nicht gewillt sind, sich ungefragt vom Sozialstaat in einen sogenannten Leistungsstaat verfrachten zu lassen, in dem ihre Leistungen zudem überhaupt nicht abgegolten werden.

Sie dürfen nicht hinnehmen, dass hier Strukturen zerschlagen werden sollen, wie das etwa durch die neuen Richtlinien<sup>4</sup> des Arbeitsmarktservices geschehen soll, in dem Förderungen nur mehr für fürsorgliche Tätigkeiten gewährt werden, Vereine die gesellschaftsverändernde Absichten haben, also politisch sind, nicht mehr gefördert werden sollen.

Ich wünsche alles Gute zum Geburtstag und viel Kraft und Lust beim Streiten.

---

<sup>4</sup> Richtlinie für die Prüfung von FÖRDERBARKEIT VON GEMEINNÜTZIGEN BESCHÄFTIGUNGSTRÄGERN der Bundesgeschäftsstelle AMS Österreich, beschlossen vom Verwaltungsratspräsidium am 19.12.1995